

Die Skeptiker bleiben in der Minderheit

Nach kontroverser Diskussion macht der Stadtrat den Weg frei für den Ankauf von Flächen in der Gemarkung Unterlind/Heubisch. Stadtchef Voigt gibt Kritikern des Projekts Kontra: Ohne das neue Industriegebiet im Süden, wird die Stadt abgehängt.

Von Andreas Beer

Sonneberg – Es hatte schon etwas von der sprichwörtlichen Pistole, welche Sonnebergs Stadtchef den Stadträten da verbal auf die Brust setzte. Zur Sitzung am Donnerstagabend im großen Saal des Gesellschaftshauses stand die Abstimmung auf der Tagesordnung, Gelder freizugeben für den Grunderwerb im Gebiet des zukünftigen Gewerbe- und Industrieparks Sonneberg-Süd. Und Heiko Voigt ließ keinen Zweifel, wie aus seiner Sicht der Dinge der Beschluss auszusprechen habe: Verweigere sich das Gremium einem Ja, käme das einer Verzichtserklärung auf jede weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt gleich.

Der Bürgermeister zog im Laufe der Aussprache Parallelen zur politischen Wende. Auch Anfang der 1990er-Jahre sei der Stadt der spätere wirtschaftliche Neuanfang nur deshalb gelungen, weil sie seinerzeit Flächen für Industrieansiedlungen an der Hand hatte. Zwar gab es noch eine zeitlang die produzierenden DDR-Kombinate, rauchten die Schornsteine, doch habe jeder gewusst, dass diese Arbeitsplätze verloren gehen werden. Neuanstellungen jedoch konnten dann durchgezogen werden, eben weil Boden vorhanden war, auf denen dann Jobs entstanden. Derweil die alten Flächen alleamt belegt waren.



Heiko Voigt.

Kaum anders sei die Situation in diesen Tagen, führte Voigt aus. Die Corona-Krise gehe einher mit der größten Wirtschaftskrise seit der Vereinigung Deutschlands. Der Transformationsprozess werde sich beschleunigen, Arbeitsplätze wegbrechen. „Viele Betriebe werden entscheiden, ob sie überhaupt weitermachen.“ Umgekehrt würden jetzt viele Kommunen an den Start gehen, um Industriebetriebe, die sich Zukunftstechnologien verschrieben haben, für sich zu gewinnen. Hier könne Sonneberg mitmischen, weil man mit dem Industriegebiet Süd ausreichend Flächen zur Verfügung habe. „Wer Bedenken hat, sollte an die Arbeitsplätze denken, die nicht geschaffen werden können“, sollte man die Chance vergeben.

„Wer Bedenken hat, sollte an die Arbeitsplätze denken, die nicht geschaffen werden können“, sollte man die Chance vergeben.



Als Kornkammer des Landkreises Sonneberg beschreibt Isolde Baum die Flächen im Süden der Kreisstadt. Schon die Altvorderen wussten um die Fruchtbarkeit der Böden. Von Rohof (oben links im Bild) in Richtung Unterlind (oben rechts) soll sich auf lange Sicht das geplante Gewerbe- und Industriegebiet „H2Region Thüringen/Franken“ (Sonneberg Süd) erstrecken. Der Nachfrage folgend müsste in diesem Areal dann die Landwirtschaft der Industrie weichen. *F.: Ittig (3)/chz (1)*

Konkret ging es der Verwaltung um Grünes Licht für überplanmäßige Mehrausgaben für den Grunderwerb in der Gemarkung Unterlind/Heubisch. Wie berichtet, soll das Industriegebiet Sonneberg-Süd mit seinen rund 90 Hektar in einem ersten, rund 20 Hektar umfassenden Teilabschnitt je nach Nachfrage erschlossen werden. Um sich mit Boden zu bevorraten, war hierfür im Haushalt für 2020 ein Ansatz von 239 000 Euro hinterlegt worden. Doch dieser reicht nicht aus, da - wie Bauamtsleiter Holger Scheler ausführte - recht kurzfristig manche Flächeneigentümer ihr Verkaufsinteresse kenntlich machten. Laut Tischvorlage an den Stadtrat bereitet das Rathaus derzeit vier Grundstückskaufverträge mit einem Volumen von rund 201 000 Euro notariell vor. Bezieht man die weiteren Veräußerungsbekundungen ein, kommt man auf eine Summe von 386 000 Euro, die wahrscheinlich bis Jahresende umgesetzt werden könnten.

Zusammen mit den Nebenkosten – Grunderwerbssteuer und Notargebühren – stand somit eine Ausgabe von 430 000 Euro im Raum. Die überplanmäßigen Mehrausgaben von voraussichtlich 200 000 Euro sollen gedeckt werden aus jener Million Euro, welche das Land der Stadt in Form einer Investitionszuschuss zugestehet. Wobei die exakten Summen im Herbst im Rahmen eines Nachtragshaushaltes einzuarbeiten bleiben.

Sollte der Stadtrat nicht mitziehen, müssten jegliche Verkaufsverhandlungen gestoppt werden, entweder bis ein Nachtragshaushalt 2020 oder ein Haushalt 2021 verabschiedet ist: „Ob dann die aktuell bei den Grundstückseigentümern bestehenden Ver-

kaufsabsichten umgesetzt werden können, ist ungewiss.“ Im Stadtrat war nun kein Mangel an Kritik. Zwar nannte auch Christian Tanzmeier (CDU) das Vorhaben eine geradezu alternativlose Zukunftsinvestition in den wirtschaftlichen Erfolg der Region; doch stieß er sich am kurzen Vorlauf der Entscheidung. Isolde Baum (Linke) wiederholte derweil ihre bekannte Kritik vom Ausverkauf der „landwirtschaftlich wertvollsten Böden im gesamten Kreis“. Dass großflächig Arbeitsplätze geschaffen würden? Oder ob hieran überhaupt Not besteht? „Daran glaube sie nicht: Für wen denn, wenn alle über Fachkräftemangel klagen.“

Eine „Greta“ wird kommen

Das gesamte Vorhaben nannte Baum eine Sünde, das Rathaus erkenne die Zeichen der Zeit nicht oder wolle sie nicht erkennen. Es werde erst eine „Greta“ in Sonneberg aufstehen müssen“. Ähnlich skeptisch zeigte sich Michael Kühn (SPD). Wer



Isolde Baum.

meine, mit Industriegebieten noch „Arbeitskräfte in Größenordnung zu generieren, der lebt im Gestern“. Auf Digitalisierung und Künstliche Intelligenz lauten die Stichworte der neuen Wirtschaftsstrukturen. Einen Gewerbepark auf Ackerflächen auszuweisen, wäre demnach ein Auslaufmodell.

Generalkritik schob Jürgen Konrad (Linke) nach. Es störe ihn massiv

zum jetzigen Zeitpunkt bereits in diesem Maße Festlegungen treffen zu sollen für den künftigen Nachtragshaushalt oder den Haushalt 2021, ohne dass für ihn so richtig ein Gesamtkonzept erkennbar sei. „Ich bin für ein Gewerbegebiet – aber auch dafür, dass mit Ressourcen vernünftig umgegangen wird. Und 20 Hektar sind viel in der heutigen Zeit.“ Kleinere Brötchen zu backen, lautete sein Hinweis ans Rathaus. „Dass wir in zehn Jahren dort 20 Fußballfelder vollkriegen, sehe ich nicht.“



Michael Kühn.

Voigt verwahrte sich gegen Einwände, er erkenne die Zeichen der Zeit nicht. Im Gegenteil müsse es jetzt darum gehen das Fundament für künftiges Wachstum und weiteren Wohlstand zu legen. „Wenn der Einbruch der Wirtschaft so kommt, dann sind wir für jeden Arbeitsplatz dankbar, der die Leute auffängt. Wir sind gefordert, die Dinge abzufedern“, beschied er in Richtung der Skeptiker.

Auch umriss der Bürgermeister die gegenwärtigen Zwänge. Der Belegungsgrad in den Industrie- und Gewerbegebieten im Sonneberger Stadtgebiet von Spechtsbrunn bis Sonneberg-Föritztal liege bei 90 Prozent. „Es ist nichts mehr zu haben“, sollte jemand mit dem Wunsch auf Ansiedlung vorstellig werden. Gegenwärtig günstige Rahmenbedingungen führte Voigt als weiteres Argument ins Feld. Demnach gibt es infolge der Corona-Krise seit Kurzem

Zusagen des Bundes, solche Projekte wie Sonneberg-Süd mit bis zu 95 Prozent zu fördern. Sich um solche Höchstquoten zu bemühen – „aus einem Euro zehn zu machen“ – sei seit jeher Strategie der Stadt gewesen. Hätte man darauf in der Vergangenheit verzichtet, „wären wir nur mit eigenem Geld nicht ein Drittel so weit gekommen, wie wir sind“.

Über die Invest-Pauschale

Kämmerer Steffen Hähnlein warb, den in der Beschlusslage gezeichneten Weg der überplanmäßigen Ausgabe zu beschreiten. Infolge der absehbar wegbrechenden Gewerbesteuererlöse werde es nicht mehr möglich sein, Mittel vom Verwaltungs-



Jürgen Konrad.

in den Vermögenshaushalt umzuleiten. Das Geld aus der Invest-Pauschale sei umgekehrt eine unerwartete Einnahme, die sich in dem im Herbst beschlossenen 2020er-Haushalt noch gar nicht abbilden konnte.

Der Stadtrat stimmte letztlich bei keiner Enthaltung und vier Gegenstimmen der Mittelerhöhung für den Flächenankauf zu. Sein Ja-Votum begründete Danny Dobmeier (CDU) in einer gesonderten Wortmeldung: „Ich habe mich schwer getan mit der Zustimmung. Aber ich will auch nicht durch die Stadt gejagt werden mit dem Satz, dass ich gegen die wirtschaftliche Entwicklung in Sonneberg bin.“